



*Liebe Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Interessierte,*

der Beginn eines Jahres ist die Zeit, in der Vereine und Behörden Zahlen und Bilanzen vorlegen. Dem können auch wir uns nicht ganz entziehen und haben die interessantesten für Sie in verschiedenen Beiträgen zusammengefasst: Auf den folgenden Seiten finden Sie u. a. Zahlen zur Arbeit der Härtefallkommission, eine Statistik über die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland, über die in Deutschland lebenden Flüchtlinge und schließlich über die aktuelle Zahl der AsylantragstellerInnen. Darüber hinaus haben wir wie immer verschiedene Lese- und Webtipps sowie Hinweise auf verschiedene interessante Veranstaltungen zusammengestellt.

Unsere Mitglieder erhalten mit diesem Newsletter außerdem den Finanzabschluss für das Jahr 2009. Auf dem nächsten Plenum, am 13. März in den Räumen der Stuttgarter Friedensgemeinde, wird der Abschluss durch den Vorstand genau erläutert. Das gesamte Programm für diese Veranstaltung, für die wir Sie ab sofort um Ihre Anmeldung bitten, finden Sie auf Seite 8.

*Herzliche Grüße, auch im Namen des Sprecherrates
Ihr Reiner Klass*

Inhalt:

<i>Härtefallkommission: 1000 Eingaben seit 2005 geprüft.....</i>	<i>1</i>
<i>Essenspaket-Boykott in bayerischen Flüchtlingslagern.....</i>	<i>2</i>
<i>Über 7.800 Abschiebungen im Jahr 2005.....</i>	<i>3</i>
<i>Rund 50.000 Asylberechtigte in Deutschland.....</i>	<i>3</i>
<i>2659 Asylerstanträge im Januar.....</i>	<i>4</i>
<i>Jahresbericht des Forums</i>	
<i>Abschiebungsbeobachtung.....</i>	<i>5</i>
<i>Kurzmeldungen.....</i>	<i>5</i>
<i>Lesetipps.....</i>	<i>6</i>
<i>Webtipp.....</i>	<i>7</i>
<i>Programm/Einladung zur Tagung am 13. März 2010.....</i>	<i>8</i>

Herausgeber:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.
Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Gefördert durch



Europäische Union -
Europäischer Flüchtlingsfonds

Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission Seit 2005 1000 Eingaben geprüft

In der vergangenen Woche hat die Härtefallkommission ihren Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr veröffentlicht. Demnach sind dort im Jahr 2009 noch 97 Eingaben eingegangen, die 215 Personen betroffen haben. 73 dieser Eingaben (162 Personen) hat das Gremium abschließend geprüft und 43 Mal ein Härtefallersuchen an das Innenministerium gestellt. Der Innenminister hat im Jahr 2009 in 40 Fällen (83 Personen) den Ersuchen entsprochen; die restlichen drei Eingaben waren Ende 2009 noch nicht abschließend geprüft. Letztendlich waren damit im vergangenen Jahr 58 % der Eingaben, mit denen sich die Härtefallkommission befasst hat bzw. 44 % aller Eingaben insgesamt erfolgreich. Anders als in den beiden Vorjahren hat der Innenminister außerdem allen Ersuchen der Kommission zugestimmt. Bedingt durch zurückgehende Asylobergangszahlen bis 2007 und die Verlängerung der gesetzlichen Altfallregelung um zwei Jahre ist die Zahl der Eingaben im vergangenen Jahr erneut gesunken. Allerdings prophezeien die AutorInnen ab Ende 2011 einen erneuten Anstieg von Härtefalleingaben, falls die derzeitige Interimsregelung nicht abschließend gelöst wird. Sie appellieren an den Gesetzgeber, eine dauerhafte Lösung für „Altfälle“ zu finden.

Weitere Infos:

www.innenministerium.baden-wuerttemberg.de – „Ausländer“ – „Härtefallkommission“:
Dort finden Sie verschiedene Jahresberichte der HFK, Merkblätter sowie die HFK-Verordnung. Der Jahresbericht 2009 war bei Redaktionsschluss noch nicht eingestellt. Auf Wunsch senden wir Ihnen eine pdf-Version zu.

Härtefallkommission - Zahlenüberblick

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 (linke Spalte), das Jahr 2008 (mittlere Spalte) und den Gesamtzeitraum seit Bestehen der HFK (rechte Spalte) ergaben sich zusammenfassend die nachfolgend dargestellten Eingangs- und Erledigungszahlen. Dabei ist zu beachten, dass sich die von der Kommission getroffenen Entscheidungen z.T. noch auf Anträge bezogen, die bereits im Vorjahr eingegangen waren. Zahlen in Klammern beziehen sich auf die jeweils betroffenen Personen.

Berichtszeitraum	2009	2008	insgesamt (ab 2005)
1. Härtefalleingaben (Neueingänge)	97 (215)	113 (268)	1595 (5480)
2. Von der Kommission insgesamt getroffene Entscheidungen	92	104	1274
2.1 Ablehnung einer Befassung	19	29	275
2.2 Befassung und abschließende Prüfung von Eingaben	73 (162)	75 (149)	1000 (3450)
2.2.1 Härtefallersuchen der Kommission (hiervon Teilersuchen: 2009: 2; insgesamt seit 2005: 28)	43 (90)	33 (79)	415 (1314)
2.2.2 Ersuchensquote (Teilersuchen werden hälftig angerechnet)	58%	43%	40%
2.2.3 Anordnungen des IM nach § 23a AufenthG bzw. Umsetzung der Ersuchen auf andere Weise (über 3 Ersuchensfälle hatte das IM bis 31.12.09 noch nicht abschließend entschieden)	40 (83)	30 (76)	377 (1188)
2.2.4 Übereinstimmungsquote mit Kommission (soweit abschließend vom IM entschieden)	100%	91%	91%
3. Gesamtquote der ganz oder teilweise erfolgreichen Härtefalleingaben (soweit inhaltlich geprüft und entschieden)	58%	39%	38%
4. Sonstige Erledigungen, insb. Rücknahme, freiwillige Ausreise	4	13	323

(Quelle: Vierter Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission beim Innenministerium Baden-Württemberg, Berichtszeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2009)

Asylbewerberleistungsgesetz**Ablehnung der Essenspakete in bayerischen Flüchtlingslagern**

Mehr als 25 BewohnerInnen der Flüchtlingslager in Hauzenberg und Breitenberg (Landkreis Passau/Niederbayern) verweigern derzeit die Annahme der Essenspakete, die sie anstelle von Bargeld als minderwertige Verpflegung bekommen. Vorausgegangen war dieser Aktion ein mehrwöchiger Hungerstreik, an dem sich acht Flüchtlinge beteiligt hatten. Die Flüchtlinge, unter ihnen der ehemalige kongolesische Fußball-Nationalspieler Nsumbu Dituabanza, fordern Recht auf Arbeit, Bewegungsfreiheit und Bargeld statt Essenspaketen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat unterstützt die Forderungen: „Dass Flüchtlinge jetzt zu lebensbedrohlichen Protestformen greifen, ist die bedauerliche Konsequenz der bayerischen Isolations- und Lagerpolitik. Seit mehr als einem Jahr werden Änderungen versprochen, jetzt muss endlich gehandelt werden“, so Tobias Klaus. Die Aktionen sollen auch jetzt, nach Abschluss des Hungerstreiks fortgeführt werden.

In Baden-Württemberg sind die gesetzlichen Vorgaben ähnlich rigide wie in Bayern: Die Flüchtlinge müssen von Sachleistungen leben, sie unterliegen der Residenzpflicht und bangen um den Ausgang des Asylverfahrens. Dass unter diesen Umständen überdurchschnittlich viele Menschen unter psychosomatischen Erkrankungen leiden, ist nicht verwunderlich. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert deshalb mit verschiedenen Flüchtlingsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden seit langem die Abschaffung der Lagerunterbringung und die Versorgung mit Bargeld statt Lebensmitteln. Beides stellt eine nicht zu rechtfertigende Belastung der Flüchtlinge dar und schränkt deren nach der Anerkennung so sehr gewünschte Integrationsfähigkeit nachhaltig ein.



Weitere Informationen:

www.fluechtlingsrat-bayern.de: Zur Protestaktion gegen Essenspakete in bayerischen Flüchtlingslagern

www.fluechtlingsrat-bw.de – „Archiv“ – „Presse“ – „2009“: „Lagerleben macht krank“: Presseerklärung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg vom 29. September 2009. Auf der Website finden Sie außerdem Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Flyer „Lagerland Baden-Württemberg“.

Abschiebungen I

Über 7.800 Abschiebungen im Jahr 2009



Im vergangenen Jahr hat es nach Angaben der Bundesregierung in Deutschland mehr als 7.800 Abschiebungen gegeben. Auf dem Luftweg seien insgesamt 7.289 Abschiebungen erfolgt, schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. 536 Abschiebungen wurden demnach auf dem Landweg vollzogen und fünf Abschiebungen auf dem Seeweg nach Schweden.

Zu so genannten Zurückschiebungen kam es 2009 laut Antwort auf dem Luftweg in 4.981 Fällen, an den Land-

grenzen in 4.740 Fällen und an den Seegrenzen in 61 Fällen. Zurückgewiesen wurden den Angaben zufolge an den Seegrenzen 59 Menschen, an den Landgrenzen 311 und auf dem Luftweg 2.935.

Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, scheiterten 2009 insgesamt 164 Rückführungen auf dem Luftweg aufgrund von Widerstandshandlungen und 41 aus medizinischen Gründen. 58 Rückführungen auf dem Luftweg scheiterten der Vorlage zufolge an der Weigerung der Fluggesellschaft oder des Piloten, die betreffende Person zu transportieren. 17 Abschiebungen scheiterten laut Bundesregierung an der Weigerung der Zielstaaten, Abzuschiebende aufzunehmen.

(Quelle: www.bundestag.de – „Presse“ – Pressemitteilung vom 11.02.2010)

Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Partei Die Linke („Abschiebungen im Jahr 2009“) finden Sie als Drucksache 17/644 unter <http://djp21.bundestag.de/djp21/btd/17/006/1700644.pdf>.

Statistik Flüchtlinge in Deutschland Rund 50.000 Asylberechtigte in Deutschland

In Deutschland haben Ende vergangenen Jahres mehr als 50.000 asylberechtigte Menschen gelebt. Zum Stichtag 31. Dezember 2009 seien im Ausländerzentralregister (AZR) 51.506 Personen mit einer Asylberechtigung erfasst gewesen, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Die drei Hauptherkunftsländer waren demnach die Türkei mit 20.902 Asylberechtigten, der Iran mit 6.879 Betroffenen und Afghanistan mit 3.408 Personen.

Insgesamt 34.460 Menschen waren laut Vorlage Ende 2009 im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst, denen eine Aufenthaltsgestattung als Asylsuchende erteilt wurde. Hauptherkunftsland war dabei der Irak mit 6.722 Fällen, gefolgt von Afghanistan mit 3.579 Fällen und der Türkei mit 2.377 Fällen.

Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion Die Linke („Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31.12.2009 vom 5.02.2010“), finden Sie als Drucksache 17/642 unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700642.pdf>.

Die Zahl der zum Jahreswechsel registrierten Menschen mit Flüchtlingsschutz betrug den Angaben zufolge 67.585. Hauptherkunftsland war in diesen Fällen der Irak mit 31.978 Personen vor der Türkei mit 9.049 und dem Iran mit 5.119.

Wie es in der Antwort weiter heißt, waren zu dem Stichtag 24.839 Menschen mit einem Aufenthaltstitel erfasst, die aufgrund bestimmter Abschiebungsverbote erteilt werden. Hauptherkunftsländer waren hier laut Bundesregierung Afghanistan mit 7.294 Fällen sowie die Türkei mit 1.803 Fällen und der Irak mit 1.084 Fällen.

Der Vorlage zufolge waren im AZR Ende 2009 insgesamt 21.432 Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der gesetzlichen Altfallregelung registriert. Die Zahl der zum Stichtag erfassten Personen mit einer Duldung gibt die Bundesregierung mit 89.498 an.

Auf die Frage nach der Zahl sogenannter jüdischer Kontingentflüchtlinge schreibt die Bundesregierung zudem, dass nach dem Stand Ende vergangenen Jahres 203.215 Antragsteller einschließlich ihrer Familienangehörigen "im geordneten Verfahren nach Deutschland eingereist" seien. Hinzu kämen 8.535 Menschen, die vor Beginn beziehungsweise außerhalb des geordneten Verfahrens bis zum Stichtag 10. November 1991 eingereist seien. „Insgesamt sind damit 211.750 jüdische Zuwanderer mit ihren Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion beziehungsweise ihren Nachfolgestaaten eingereist“, bilanziert die Regierung.

(Quelle: www.bundestag.de – „Presse“ – Pressemitteilung vom 11.02.2010)

Asylantragszahlen

2.659 Asylerstanträge im Januar 2010

Im Januar 2010 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2.659 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 489 Personen (22,5 %).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Januar 2009 stieg die Zahl der Asylbewerber um 317 Personen (13,5 %).

419 Personen erhielten im Januar 2010 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (17,8 % aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 140 Personen (6,0 %) sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz).

Die Zahlen im Einzelnen:

Aktueller Monat

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im Januar 2010 2.659 Personen (Vormonat 2.170 Personen) Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 489 (22,5 %) gestiegen. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (Januar 2009: 2.342 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber im Januar 2010 um 317 (13,5 %) gestiegen.

Hauptherkunftsländer im Januar 2010 waren:

Nr.	Land	November	Dezember	Januar
1.	Irak	558	326	552
2.	Afghanistan	406	352	469
3.	Iran	121	135	156
4.	Türkei	92	96	112
5.	Vietnam	55	65	99
6.	Russ. Föderation	121	83	92
7.	Syrien	88	48	84
8.	Kosovo	114	99	83
9.	Aserbaidschan	57	86	73
10.	Serbien	52	36	68

Neben den 2.659 Erstanträgen wurden im Januar 2010 346 Folgeanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt.

Im Januar 2010 hat das Bundesamt über die Anträge von 2.348 Personen (Vormonat: 2.283) entschieden.

Insgesamt 419 Personen (17,8 %) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 36 Personen (1,5 %), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 383 Personen (16,3 %), die Flüchtlingsschutz nach § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Darüber hinaus hat das Bundesamt im Januar 2010 bei 140 Personen (6,0 %) Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (sog. subsidiärer Schutz) festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 1.071 Personen (45,6 %). Anderweitig erledigt (z. B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 718 Personen (30,6 %).

Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, betrug Ende Januar 2010 23.503 (19.503 Erstanträge und 4.000 Folgeverfahren).

(Quelle: BMI-Pressemitteilung vom 5.02.2010)

Abschiebungen

Jahresbericht des „Forums Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt“ erschienen

Das Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt/Main (FAFF) wurde 2006 gegründet.

Das FAFF hat folgende Aufgaben:

- Gegenseitige Information, um mehr Transparenz im Gesamtverfahren und gesteigerte Sachaufklärung / Sachinformation im Einzelfall zu erhalten
- Aufgreifen behaupteter Verstöße gegen Verhältnismäßigkeit und Verletzung humanitärer Ansprüche in Zusammenhang mit dem Vollzug von Abschiebungen

- Anregung sachgerechter Verbesserungen, die sich aus eigener Beobachtung oder auf Anregung von Außenstehenden ergeben können – auch bezüglich grundsätzlicher Problemstellungen, die den Vollzug von Abschiebungen betreffen.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 7778 Personen aus Deutschland auf dem Luftweg abgeschoben, davon 3729 über den Frankfurter Flughafen. Folgende Zahlen gelten für Frankfurt: 2322 Abschiebungen waren unbegleitet, während 1407 in Begleitung stattgefunden haben. Davon waren 484 Überstellungen nach der Dublin II-Verordnung (Vorberichtszeitraum: 306). 146 Abschiebungen wurden aufgrund von Widerstandshandlungen abgebrochen, 28 aus medizinischen Gründen und 21 aufgrund der Weigerung des Flugzeugführers.

Weitere Informationen:

<http://www.fr-hessen.de> – „Aktuelles“: Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main: Jahresbericht 2008/2009 mit genauen Zahlen und zahlreichen konkreten Schilderungen.

<http://www.caritas-frankfurt.de/53170.html>: Allgemeine Informationen zur Abschiebungsbeobachtung zum Download.

Kurzmeldungen

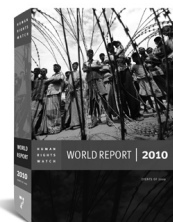
Flüchtlingsräte und Pro Asyl kritisieren Asylbewerberleistungsgesetz: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach die Regelsätze von Hartz IV auf einer willkürlichen Berechnungsgrundlage beruhen und deshalb korrigiert werden müssen, haben Pro Asyl und verschiedene Landesflüchtlingsräte darauf hingewiesen, dass demnach auch die seit 1993 geltenden Leistungen für Asylsuchende verfassungswidrig seien und gegen die Menschenwürde verstoßen würden. Ein System, das den Bedarf der Asylsuchenden nachvollziehbar ermittelt, fehle völlig. Die Sätze sind seit Einführung des Gesetzes vor nunmehr 17 Jahren nie erhöht worden und liegen inzwischen bei 62,7 % der Hartz IV-Sätze.

Mindestens acht Menschen vor Samos ertrunken: In der Meerenge zwischen der Türkei und der griechischen Insel Samos sind in der Nacht vom 10. auf den 11. Februar mindestens acht Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen. Ihre Leichen wurden vor der Küste von Samos südlich des Touristenhafens Pythagorion entdeckt. Hinweise auf das Flüchtlingsdrama hatte es bereits am Vorabend gegeben, als ein Mann von der Besatzung eines Frachters aus den Fluten gerettet wurde. Er berichtete nach Angaben örtlicher Medien, dass mit ihm „noch neun bis elf“ Flüchtlinge an Bord eines Bootes gewesen seien, das aus der Türkei startete und in der Meerenge bei Sturm kenterte.

Lesetipps

Herkunftsländer

Kosovo: Human Rights Watch: World Report 2010: In ihrem „World Report 2010“ kritisiert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, dass in den Ländern des Westbalkans der Schutz der Menschenrechte hinter den Ansprüchen auf europäische Integration zurückbleibt. Roma und andere ethnische Minderheiten blieben marginalisiert und diskriminiert, die Anzahl der Vertriebenen, die freiwillig zurückkehrt, nehme in der ganzen Region ab, während westeuropäische Staaten die verbliebenen Flüchtlinge unter Zwang zurückführten.



„Abschiebungen verschlimmern die Situation der Minderheiten, insbesondere der Roma im Kosovo“, so Wanda Troszczynska van Genderen von Human Rights Watch.

Den vollständigen Bericht (in englischer Sprache) finden Sie im Web unter www.hrw.org/world-report-2010.

Irak: Die aktuelle Lage im Zentral- und Südirak. Update der SFH-Länderanalyse, Alexandra Geiser, 5. November 2009. Aufgrund der vorliegenden Situationsanalyse hält die Schweizerische Flüchtlingshilfe an ihrer Position von 2007 fest und stuft eine Rückkehr von Flüchtlingen in den Zentral- und Südirak zum heutigen Zeitpunkt wegen der schlechten Sicherheitssituation und Instabilität

generell für unzumutbar ein. Den 22-seitigen Bericht finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch – „Herkunftsländer“ – „Irak“.

Traumatisierte Flüchtlinge

Waltraut Wirtgen: Traumatisierte Flüchtlinge: Psychische Probleme bleiben meist unerkant. Die Autorin des Beitrags kritisiert, dass traumatische Erkrankungen bei Flüchtlingen im Asylverfahren – sieben von zehn Flüchtlingen seien betroffen - kaum berücksichtigt würden: Geflohen aus Kriegs- und Krisengebieten müssen sie nach ihrer Ankunft in engsten Gemeinschaftseinrichtungen und oft jahrelang ohne Zukunftsperspektive leben. Das Thema „Krankheit“ wird bei der Erstanhörung in aller Regel ausgespart. Derart schlechte Eingliederungsbedingungen beeinflussen den weiteren Krankheitsverlauf weiter negativ. Ärzte, die Flüchtlinge vor einer Abschiebung untersuchen, müssen lediglich die Reisefähigkeit bestätigen; die Situation im Heimatland wird genauso wenig berücksichtigt, wie die Auswirkungen der Abschiebungen auf das Krankheitsbild. Deutsches Ärzteblatt, Jg. 106, Heft 49 vom 4.12.2009. Der Artikel im Web: www.aerzteblatt.de – „Archiv“.

Öffentlichkeitsarbeit

Dankwart von Loeper: Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit für Asyl und Menschenrechte: Das Praxisbuch zeigt auf, wie Einrichtungen in der Asyl- und Menschenrechtsarbeit, Initiativen und Engagierte die Öffentlichkeit besser nutzen können. Ganz konkret werden Fragen geklärt, wie Themen für die Medien aufbereitet werden können, wie eine gute Pressemitteilung aussieht, was beim Kontakt zu den Journalisten zu beachten ist, wie z. B. das Sommerloch für Menschenrechtsthemen zu nutzen ist, wie Internet, Blogs und Twitter für die PR-Arbeit eingesetzt werden können, wie erfolgreiche Kampagnen gestartet werden und vieles mehr. Karlsruhe (von Loeper) 2010, ISBN 978-3-86059-408-7, 228 S., 12,90 Euro.

Webtipp

www.asyl.net: Auf der seit Kurzem neu gestalteten Seite des „Informationsverbundes Asyl und Migration“ werden für die Beratungspraxis wichtige Informationen aufbereitet und zugänglich gemacht. U. a. finden Sie dort zahlreiche Gerichtsurteile, Arbeitshilfen, Links zu verschiedenen, in der Flüchtlingsarbeit tätigen Organisationen, Termine und Adressen. Die meisten Beiträge aus dem „Asylmagazin“ sind auf der Seite eingestellt.

Termine

Veranstaltungen des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg:

Plenumstermine 2010, Stuttgart, Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Schubartstraße 14:

13.03.2010: Das Programm zu dieser Veranstaltung finden Sie auf S. 8 dieses Newsletters.

12.06.2010

23.10.2010

18.03.2010, , 19.30 Uhr: Schwäbisch Hall, Kleiner Theatersaal im Schlachthaus: **Heiko Kauffmann: 20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention:** Flüchtlingskinder in Deutschland zwischen Teilhabe und Ausgrenzung.

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg: Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen auch gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website (www.fluechtlingsrat-bw.de – „Bildungsprogramm“) finden Sie eine Übersicht über die Veranstaltungen, die wir für Sie kostenlos anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Einladung zur Plenumssitzung und Tagung

Samstag, den 13. März 2010, 9.30 - 17 Uhr



FLÜCHTLINGSRAT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Schubartstraße 14, Stuttgart

Öffentliche Verkehrsmittel: Erreichbar mit U 9 und U 14 ab Hauptbahnhof/Arnold-Klett-Platz bis zur Haltestelle Neckartor.

Mit dem PKW: Ab Hauptbahnhof über Schillerstraße (300m), links in die Willy-Brandt-Straße (600m), geradeaus auf die Neckarstraße (150m), rechts in die Friedenstraße. Schubartstraße kommt nach ca. 50 m

9.30 Ankunft und Anmeldung

10.00 Begrüßung

Finanzbericht/Rechenschaftsbericht des Vorstands
Bericht aus der Geschäftsstelle
Aussprache
Bericht der Kassenprüfer/-innen (Helmut Kägi, Bernd Sattler, Friederike von Wolff)
Entlastung des Vorstands
Wahl der Kassenprüfer/-innen

11.30 Das „Stockholmer Programm“: Stärkung des Flüchtlingsschutzes oder Fortsetzung der Abwehrpolitik?

Im Dezember 2009 haben die Staats- und Regierungschefs die Leitlinien für die Innere Sicherheit der Europäischen Union in den nächsten fünf Jahren beschlossen. Das Programm legt u. a. die flüchtlingspolitischen Grundsätze der Union fest. So soll in den nächsten fünf Jahren z. B. die Grenzschutzagentur FRONTEX weiter ausgebaut werden. Erwogen wird außerdem, Asylanträge von Flüchtlingen aus Afrika bereits in nordafrikanischen Ländern zu bearbeiten.

Welche Veränderungen in der Flüchtlingspolitik plant die EU in den nächsten Jahren?
Welche Punkte sind bereits im Stockholmer Programm fixiert und werden bald in ähnlicher Form auch dem Bundestag zur Umsetzung zugehen?

Referent: Andreas Linder, Politikwissenschaftler, Tübingen

12.30 Mittagspause

13.30 Arbeitsgruppen

AG 1 Das „Leverkusener Modell“ der Unterbringung von Flüchtlingen – ein Vorbild für Baden-Württemberg?

In Leverkusen werden Flüchtlinge seit 2001 im Einvernehmen mit Verwaltung und politischen Parteien unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus in Privatwohnungen untergebracht. Wie ist das Modell konzipiert? Welche Erfahrungen

wurden in Leverkusen damit gemacht? Welche Kosten entstehen gegenüber einer Unterbringung in Lagern?

Referentin: Rita Schillings, Flüchtlingsrat Leverkusen

AG 2 Roma aus dem Kosovo

Seit einigen Monaten werden auch die bisher vor einer Abschiebung geschützten Roma ins Kosovo abgeschoben. Wer ist gefährdet? Wie können ausreisepflichtige Roma vor einer Abschiebung geschützt werden? Was ist in der Verfahrensberatung zu beachten?

Referent: Manfred Weidmann, Rechtsanwalt, Mitglied des Sprecherrates

AG 3 Resettlement: Für die Aufnahme von Flüchtlingen: Forderungen an die Politik

In den letzten beiden Jahren sind in 45 bundesdeutschen Städten lokale Save Me Kampagnen entstanden, deren Forderung, kontinuierlich Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, von einer großen Zahl von Menschen unterstützt wird. Nachdem die Ende 2008 beschlossene Aufnahme von 2.500 Menschen aus dem Irak und Jordanien fast abgeschlossen ist, möchte die Kampagne 2010 neu durchstarten.

Wie geht die Save Me Kampagne weiter? Welche Forderungen hat die Kampagne an die Politik?

Referent: Matthias Weinzierl, Pro Asyl/Bayerischer Flüchtlingsrat

15.30 Pause

15.50 Aktuelle Runde

Infos, Termine 2010, Berichte aus den Regionen, Neues zum Bleiberecht, Aktuelle Rechtsprechung, EFF 2010/2011

17.00 Ende

Bitte abtrennen

Ja, ich komme zu der Tagung/Plenumssitzung des Flüchtlingsrats B.-W. am 13. März 2010 in Stuttgart und nehme an AG 1 AG 2 AG 3 teil. *(Bitte ankreuzen)*

- Ich möchte am Mittagessen teilnehmen.
 Ich möchte ein vegetarisches Mittagessen.
 Ich nehme NICHT am Mittagessen teil.

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Bitte bis zum 5. März 2010 zurücksenden an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart, Tel.: 0711 5532834

Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de, Internet: www.fluechtlingsrat-bw.de

Name, Vorname, AK/FK



Gefördert durch die Europäische Union